

Nationalratswahl 2019



JUGEND
FÜR DAS
LEBEN

Wie stehen die Parteien zum Lebensschutz?

Am 29. September finden die Nationalratswahlen statt. Wir haben die einzelnen Parteien kontaktiert und sie um Stellungnahme betreffend das Thema Lebensschutz gebeten. Folgende Fragen wurden gestellt:

1. Für welche konkreten Maßnahmen setzt sich Ihre Partei ein, um Schwangere in Konfliktsituationen zu unterstützen?
2. Welche konkreten Initiativen und Änderungen im Bereich des Lebensschutzes der Ungeborenen möchte Ihre Partei während der nächsten Gesetzgebungsperiode umsetzen?
3. Ist Ihre Partei der Meinung, dass die eugenische bzw. embryopathische Indikation, also die straffreie Spätabtreibung von Kindern mit möglicher Behinderung, bestehen bleiben soll? Oder soll sie abgeschafft werden?
4. Eine Diplomarbeit von Katrin Susanna Wallner an der Medizinischen Universität Graz behandelt das Thema Abtreibung. Dabei wurde eine Fragebogenstudie über die Situation in Österreich durchgeführt. Bei der Frage nach den Abtreibungsmotiven gaben zwei Frauen an, dass sie mit 17 von Ihrer Mutter gezwungen wurden, die Abtreibung durchzuführen. a) Für welche Maßnahmen setzt sich Ihre Partei ein, damit die Frauen generell eine freie, selbstbestimmte Entscheidung treffen können, ohne Druck von außen? b) Welche Maßnahmen sollen gesetzt werden, um Fälle der erzwungenen Abtreibung (wie in der Diplomarbeit angeführt) zu vermeiden? Bitte um möglichst konkrete Beschreibung der von Ihrer Partei vorgeschlagenen Maßnahmen. (Quelle der Diplomarbeit: https://online.medunigraz.at/mug_online/wbAbs.getDocument?pThesisNr=52217&pAutorNr=&pOrgNr=1)

Antworten der Parteien:

Die neue Volkspartei	2
NEOS	4
SPÖ	5
FPÖ	6
Die Grünen	7
JETZT - Liste Pilz	7

Die neue Volkspartei

1. Für welche konkreten Maßnahmen setzt sich Ihre Partei ein, um Schwangere in Konfliktsituationen zu unterstützen?

Als Volkspartei haben wir eine uneingeschränkte Achtung vor dem menschlichen Leben – dem geborenen und dem ungeborenen. Wir vertreten daher die Position, dass Politik und Gesellschaft jene Bedingungen zu schaffen haben, die Mut zum Kind machen und so Abtreibungen vorbeugen. Im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten wollen wir daher Maßnahmen unterstützen, mit denen werdenden Eltern in Konfliktsituationen bestmögliche Beratung und Hilfestellung geboten wird – ganz besonders in Fällen geistig oder körperlich behinderter Kinder.

2. Welche konkreten Initiativen und Änderungen im Bereich des Lebensschutzes der Ungeborenen möchte Ihre Partei während der nächsten Gesetzgebungsperiode umsetzen?

Beim Thema Schwangerschaftsabbruch stehen vorbeugende Maßnahmen an erster Stelle. Wir müssen jene Bedingungen schaffen, die das JA zum Kind erleichtern. Dazu zählen flächendeckende Beratungsstellen, die gezielt auf die Konfliktsituation der Betroffenen eingehen. Zudem ist es notwendig, familien- und kinderfreundliche Rahmenbedingungen in Österreich weiter auszubauen, damit die Entscheidung für oder gegen das Kind nicht an finanziellen oder organisatorischen Hürden abhängig gemacht wird. Nicht zuletzt müssen wir die Aufklärungsarbeit in der Familie und in der Schule stärker fördern.

3. Ist Ihre Partei der Meinung, dass die eugenische bzw. embryopathische Indikation, also die straffreie Spätabtreibung von Kindern mit möglicher Behinderung, bestehen bleiben soll? Oder soll sie abgeschafft werden?

Als Volkspartei stehen wir dafür ein, die Würde eines jeden Menschen uneingeschränkt zu achten und zu schützen. Die Möglichkeit behinderte Kinder außerhalb der Fristenregelung bis zur Geburt abtreiben zu können, ist kritisch zu hinterfragen. Wir wollen eine vorurteilsfreie Diskussion auf politischer Ebene mit Betroffenen und Experten, ob die Bestimmungen zur Spätabtreibung noch zeitgemäß sind. Nicht zuletzt auch deshalb, weil damit das Benachteiligungsverbot von behinderten Menschen in schwerer Weise missachtet wird. Wir müssen werdende Eltern durch verbesserte Rahmenbedingungen und Beratung unterstützen um sie zu ermutigen, sich zu einem behinderten Kind zu bekennen.

4. Eine Diplomarbeit von Katrin Susanna Wallner an der Medizinischen Universität Graz behandelt das Thema Abtreibung. Dabei wurde eine Fragebogenstudie über die Situation in Österreich durchgeführt. Bei der Frage nach den Abtreibungsmotiven gaben zwei Frauen an, dass sie mit 17 von Ihrer Mutter gezwungen wurden, die Abtreibung durchzuführen.

4 a) Für welche Maßnahmen setzt sich Ihre Partei ein, damit die Frauen generell eine freie, selbstbestimmte Entscheidung treffen können, ohne Druck von außen?

4 b) Welche Maßnahmen sollen gesetzt werden, um Fälle der erzwungenen Abtreibung (wie in der Diplomarbeit angeführt) zu vermeiden?

Bitte um möglichst konkrete Beschreibung der von Ihrer Partei vorgeschlagenen Maßnahmen. (Quelle der Diplomarbeit: https://online.medunigraz.at/mug_online/wbAbs.getDocument?pThesisNr=52217&pAutorNr=&pOrgNr=1)

Wie gesagt treten wir dafür ein, dass die Politik und die Gesellschaft jene Rahmenbedingungen schafft, die es Schwangeren ermöglichen, Ja zum Kind zu sagen. Zu diesen Maßnahmen zählen wie oben erwähnt flächendeckende Beratungsstellen und familien- und kinderfreundliche Rahmenbedingungen. Dass die Entscheidung frei von Zwängen erfolgen muss, steht dabei für uns fest. Insbesondere in Konfliktsituationen ist es entscheidend, dass eine bestmögliche Beratung und Hilfestellung geboten wird, um eine freie Entscheidung für das Kind treffen zu können.

NEOS

1. Für welche konkreten Maßnahmen setzt sich Ihre Partei ein, um Schwangere in Konfliktsituationen zu unterstützen?

Wichtig ist es, möglichst niederschweligen Zugang zu Beratung und Hilfe zu gewährleisten. Dazu muss das Netz an Frauen- und Familienberatungsstellen jedenfalls erhalten und ggf. ausgebaut werden. Aber auch Angebote, die aufgrund der Digitalisierung möglich sind (Apps, Websites, Notrufnummern, etc.) sollen ausgebaut werden. Wir wollen sicherstellen, dass auch alle Frauen, die Hilfe benötigen, diese bekommen. Dazu braucht es mehr Möglichkeiten, Beratungen auch in Fremdsprachen durchzuführen.

2. Welche konkreten Initiativen und Änderungen im Bereich des Lebensschutzes der Ungeborenen möchte Ihre Partei während der nächsten Gesetzgebungsperiode umsetzen?

Als liberale Bewegung setzen wir uns für die Freiheit des Individuums ein. Die Menschenrechte und das Recht auf Leben müssen geachtet und geschützt werden. Ebenso gilt es, reproduktive Rechte zu wahren und körperliche Selbstbestimmung und Integrität zu fördern und schützen. Daher machen wir uns für mehr sexuelle Bildung und einen leichteren Zugang zu Verhütungsmitteln stark. Denn Prävention und Information/ Bildung sind der beste Weg, um ungewollte Schwangerschaften zu verhindern.

3. Ist Ihre Partei der Meinung, dass die eugenische bzw. embryopathische Indikation, also die straffreie Spätabtreibung von Kindern mit möglicher Behinderung, bestehen bleiben soll? Oder soll sie abgeschafft werden?

Fragen wie jene der embryopathischen Indikation sollten unserer Meinung nach auf jeden Fall unter Berücksichtigung von moralischen, ethischen und medizinischen Gesichtspunkten diskutiert werden. Wir stehen allerdings ganz klar hinter der in Österreich geltenden Fristenlösung und wollen keine Verschärfung der geltenden Rechtslage. Die Diskussion rund um eine Abschaffung der embryopathischen Indikation halten wir für fehlgeleitet: Was wir wirklich diskutieren sollten, sind Maßnahmen, eine echte inklusive und vielfältige Gesellschaft ermöglichen und sowohl Angehörige, als auch Menschen mit Behinderungen selbst bestmöglich fördern und unterstützen.

4. Eine Diplomarbeit von Katrin Susanna Wallner an der Medizinischen Universität Graz behandelt das Thema Abtreibung. Dabei wurde eine Fragebogenstudie über die Situation in Österreich durchgeführt. Bei der Frage nach den Abtreibungsmotiven gaben zwei Frauen an, dass sie mit 17 von Ihrer Mutter gezwungen wurden, die Abtreibung durchzuführen.

4 a) Für welche Maßnahmen setzt sich Ihre Partei ein, damit die Frauen generell eine freie, selbstbestimmte Entscheidung treffen können, ohne Druck von außen?

4 b) Welche Maßnahmen sollen gesetzt werden, um Fälle der erzwungenen Abtreibung (wie in der Diplomarbeit angeführt) zu vermeiden?

Bitte um möglichst konkrete Beschreibung der von Ihrer Partei vorgeschlagenen Maßnahmen. (Quelle der Diplomarbeit: https://online.medunigraz.at/mug_online/wbAbs.getDocument?pThesisNr=52217&pAutorNr=&pOrgNr=1)

Eine Schwangerschaft abzubrechen stellt für betroffene Frauen häufig eine große körperliche und psychische Belastung dar. Das Ziel muss es deshalb sein, die Anzahl der ungewollten Schwangerschaften zu reduzieren. Wir sind fest davon überzeugt, dass ein Ausbau von sexueller Bildung & leichterem Zugang zu Verhütung dringend notwendig sind, damit es erst gar nicht soweit kommt. Körperliche Selbstbestimmung und Integrität sind

unbedingt zu schützen – daher muss es für Frauen einen sicheren Zugang zum Schwangerschaftsabbruch geben, und das am besten in jedem öffentlichen Krankenhaus.

SPÖ

Wichtig ist es, Die Fristenregelung gilt jetzt seit über 40 Jahren in Österreich. Treibende Kraft für die vom Parlament beschlossene Strafbefreiung waren die SPÖ Frauen rund um Johanna Dohnal. Die Fristenregelung ist ein familien- und frauenpolitischer Meilenstein. Sie ermöglicht es Frauen und Mädchen, straffrei zu bleiben, wenn sie über ihr Leben und ihren Körper bestimmen wollen. Und für uns steht außer Streit, dass Frauen das Recht haben müssen, über ihren Körper selbst bestimmen zu dürfen.

Seit der Einführung der Fristenregelung wurde sehr viel unternommen, um ungewollten Schwangerschaften entgegenzuwirken. Unter anderem wurden Frauengesundheitszentren eingerichtet, die Aufklärung in Schulen verbessert, der Zugang zu Verhütungsmitteln vereinfacht. Doch bis heute sind noch nicht alle Begleitmaßnahmen vollständig umgesetzt. Wir als SPÖ fordern bundesgesetzliche Regelungen zur Errichtung von Schutzzonen vor Abtreibungskliniken, kostenfreien bzw. leistbaren Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen in Landeskliniken, umfassende Sexualerziehung an allen Schulen und sachliche Information über Empfängnisverhütung in den Medien.

Auch 40 Jahre nach Einführung der Fristenregelung ist es noch immer nicht in allen Bundesländern möglich, einen Schwangerschaftsabbruch in einem öffentlichen Spital durchführen zu lassen. Wir setzen uns dafür ein, diese strukturellen Hürden zu beseitigen, damit Frauen überall in Österreich einen niederschweligen Zugang haben, um auf sicherem Wege einen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen.

Uns sind Maßnahmen wichtig, die ungewollten Schwangerschaften vorbeugen. Dazu gehört:

- Regelmäßige, Kampagnen und Beratung für die Anwendung von wirksamen Verhütungsmethoden
- Altersadäquate Sexualpädagogik in allen Altersstufen
- Qualitätsgesicherte Unterrichtsmaterialien
- Kostengünstige, sichere Verhütungsmittel auf Krankenschein

Jedem Versuch, eine Einschränkung bei Schwangerschaftsabbrüchen einzuführen, wie es immer wieder diskutiert wird, antworten wir mit einem deutlichen #keinenMillimeter.

FPÖ

1. Für welche konkreten Maßnahmen setzt sich Ihre Partei ein, um Schwangere in Konfliktsituationen zu unterstützen?

Die FPÖ bekennt sich zum Schutz des menschlichen Lebens. Gesellschaft und Staat müssen daher ideale Bedingungen dafür bereitstellen, dass Eltern sich ihren Kinderwunsch erfüllen können. Es sollen daher auf allen Ebenen jene Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit Eltern in einer Konfliktsituation Beratung, Hilfestellung und Unterstützung erhalten, um sich für ihr Kind entscheiden zu können. Dies gilt in besonderem Maße bei körperlich und geistig behinderten Kindern, wo Gesellschaft und Staat eine besondere Verantwortung zur Bereitstellung von Unterstützung zukommt.

2. Welche konkreten Initiativen und Änderungen im Bereich des Lebensschutzes der Ungeborenen möchte Ihre Partei während der nächsten Gesetzgebungsperiode umsetzen?

Information, Beratung und Hilfestellung stehen hier an oberster Stelle. Dies gilt insbesondere auch bei der medizinischen und sozialen Aufklärung im Vorfeld der Erfüllung eines Kinderwunsches. Es müssen ideale Rahmenbedingungen in allen Bereichen und Lebenslagen geschaffen werden, damit ein Bekenntnis zum Kind unterstützt wird. Beratungsstellen im medizinischen und sozialen Bereich sollen hier flächendeckend und niederschwellig die individuelle Hilfe bereitstellen. Gleichzeitig muss insgesamt gesellschaftspolitisch ein positives Klima zu Kind und Familie in Österreich wiederhergestellt werden, damit vor den Herausforderungen unserer Zeit auch tatsächlich eine Elternrolle übernommen und erfüllt werden kann. Dazu zählen insbesondere auch personelle, finanzielle und organisatorische Maßnahmen bei der Kinderbetreuung, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der ökonomischen Absicherung der Familien mit Kindern.

3. Ist Ihre Partei der Meinung, dass die eugenische bzw. embryopathische Indikation, also die straffreie Spätabtreibung von Kindern mit möglicher Behinderung, bestehen bleiben soll? Oder soll sie abgeschafft werden?

Als FPÖ bekennen wir uns dazu, dass die Würde des Menschen unteilbar ist, sie muss deshalb in Gesellschaft und Staat unbedingt geschützt und unterstützt werden. Die Diskussion rund um eine Abschaffung der eugenischen bzw. embryopathischen Indikation muss unter Einbeziehung von Experten geführt werden und es sollte eine Abschaffung des Spätabbruchs unter den oben genannten Gesichtspunkten überprüft werden. Auf dieser Grundlage sollte entschieden werden, ob eine Spätabtreibung in Zukunft noch stattfinden soll bzw. welche weiteren Maßnahmen auf gesetzlicher und medizinischer Ebene gesetzt werden können.

Davon abgesehen ist es sehr wichtig, dass Maßnahmen, für eine echte inklusive Gesellschaft gesetzt werden und sowohl Menschen mit Behinderungen als auch ihr familiäres Umfeld selbst bestmöglich zu fördern und unterstützen. Werdende Eltern sollen in Zukunft besser unterstützt werden, damit sie sich zu ihrem behinderten Kind ohne materielle Zukunftssorgen bekennen können und spüren, dass Gesellschaft und Staat sie bei der Bewältigung dieser Elternaufgabe in besonderem Maße unterstützt.

4. Eine Diplomarbeit von Katrin Susanna Wallner an der Medizinischen Universität Graz behandelt das Thema Abtreibung. Dabei wurde eine Fragebogenstudie über die Situation in Österreich durchgeführt. Bei der Frage nach den Abtreibungsmotiven gaben zwei Frauen an, dass sie mit 17 von Ihrer Mutter gezwungen wurden, die Abtreibung durchzuführen.

4 a) Für welche Maßnahmen setzt sich Ihre Partei ein, damit die Frauen generell eine freie, selbstbestimmte Entscheidung treffen können, ohne Druck von außen?

4 b) Welche Maßnahmen sollen gesetzt werden, um Fälle der erzwungenen Abtreibung (wie in der Diplomarbeit angeführt) zu vermeiden?

Bitte um möglichst konkrete Beschreibung der von Ihrer Partei vorgeschlagenen Maßnahmen. (Quelle der Diplomarbeit: https://online.medunigraz.at/mug_online/wbAbs.getDocument?pThesisNr=52217&pAutorNr=&pOrgNr=1)

Die Politik, d.h. der Gesetzgeber muss jene Rahmenbedingungen schaffen, damit Eltern frei von Zwang und damit selbstbestimmt ihre Entscheidung für ein Kind und damit eine Familiengründung treffen können. Um dies zu unterstützen, müssen Gesellschaft und Staat alle Maßnahmen in Aufklärung, Beratung, medizinischer Gesundheitsvorsorge und Versorgung, Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der sozialen Absicherung und der gesellschaftspolitischen Schaffung eines kinder- und familienfreundlichen Klimas schaffen, um hier ein Ja für ein Kind zu unterstützen.

Die Grünen

Die Grünen antworteten lediglich, dass ihr Standpunkt diesbezüglich bekannt sei.

JETZT - Liste Pilz

Von JETZT - Liste Pilz gab es bedauerlicherweise keine Antwort.